



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 11/26 (Nr.58) am 15. Juli 2026

OV Saar-Blies:

Sommerdiskussionen

Aktuell erleben wir in diesem Sommer einen Generalangriff auf die sozialen und demokratischen Rechte der Beschäftigten, der Rentner, der Familien – der übergroßen Mehrheit der Menschen in Deutschland. Das Tempo des Angriffs ist rasant. ver.di stemmt sich dagegen. Unser Ortsverein war bei einigen Aktionen dabei. Aber, die Wirkung ist gleich null. Die Unzufriedenheit mit der Mobilisierung spiegelt sich auch in den Diskussionen unserer Gruppe. So im Juli und auch am 13. August diskutieren wir um 18 Uhr weiter.

Das kommt selten vor und hat Verwunderung ausgelöst. Am 5. Juli schrieb unsere höchste ehrenamtliche Kollegin, die Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, Lisette Hörig, einen ungewöhnlichen Brief an Yasmin Fahimi. Sie schrieb von Irritationen, Unmut und Unverständnis in unseren Reihen.

Das war auch die Stimmung auf unserem Treffen am 9. Juli. Die DGB-Chefin Fahimi hatte bei den Maßnahmen „richtige Signale für Beschäftigung, Wachstum und Entlastung“ erkannt. Das sahen alle Gewerkschaftsaktivisten in Saarbrücken völlig anders. Dennis Kundrus, stellvertretender Landesvorsitzender der Partei die Linken, hatte schriftlich seinen Unmut formuliert und gefordert, dass SPD und DGB „endlich die Krallen ausfahren“ müssten, „sonst ist es vorbei mit dem Sozialstaat“. Den Sozialabbau einfach nur zu beobachten reiche nicht aus. Gerade jetzt brauche es eine starke und konfliktbereite Gewerkschaftsbewegung, so der linke Kollege, der in unserer Gruppe mitarbeitet. Diese Ansicht war in Saarbrücken mehrheitsfähig. Durchgängig meinte man, die Zeit des moderierenden Mitverwaltens müsse endlich zu Ende gehen. Deswegen begrüßten alle den Brief von



Kollegin Lisette Hörig von der Arbeitsagentur Saarland

Lisette an die „liebe Yasmin“, den wir in diesem Rundbrief dokumentieren.

In der Diskussion bedauerten viele Kolleginnen und Kollegen, dass die Gewerkschaften nur sehr zögerlich thematisieren, dass der Sozialabbau seine Ursache in der wahnwitzigen Aufrüstung hat. Jene, die von Kriegsvorbereitung sprechen, mögen in der Minderheit sein, aber auch der Blinde mit Krückstock kann beim Haushaltsentwurf des Finanzministers lesen, dass zwar überall der Rotstift regiert - bis auf die Rüstung. Jeder dritte Euro soll für die Armee ausgegeben werden.

Die Mehrheit unseres Ortsvereins sieht diesen Zusammenhang und deswegen ist es auch logisch, dass wir auch dieses Jahr zur Teilnahme an der Demonstration am 3. Oktober in Stuttgart aufrufen.

Schon am 9. Juni konnte unser Vorsitzender Rainer Tobae berichten, dass der DGB-Bundesvorstand mit den Vorsitzenden der Gewerkschaften vereinbart, hat, dass am 26.09.2026 zu einem dezentralen bundesweiten Aktionstag aufgerufen wird. In allen DGB-Bezirken finden entsprechende Veranstaltungen und Aktivitäten statt. Der erweiterte Bezirksvorstand des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland hatte sich just am 9. Juni darauf verständigt, am 26.09.2026 eine zentrale bezirksweite Veranstaltung in Saarbrücken durchzuführen. Aus Rheinland-Pfalz werden für diesen Tag Busse organisiert, die ins Saarland fahren werden. Damit bestätigt sich im Wesentlichen der Weg, den die Gewerkschaften auf der Warm-up-Kundgebung im Saarbrücker Bürgerpark bereits gemeinsam für das Saarland vereinbart haben. Die Planungen für den Aktionstag laufen in diesen Sommermonaten.

Rainer Tobae äußerte großes Verständnis bezüglich der Ungeduld einiger Mitglieder. Er machte aber auch darauf aufmerksam, wie schwierig und langwierig es ist, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zu mobilisieren. Indem wir jetzt einfach zu einem Generalstreik aufrufen, wäre das Problem nicht gelöst, denn es würde kaum wer diesem Aufruf folgen. Systematische und unermüdliche Arbeit wäre nötig, Sektierertum würde die Arbeiterbewegung nur spalten. Wenn wir erfolgreich sein wollen, dann müssten wir Stärke aufbauen. Hier sei der Ortsverein im Besonderen gefordert.

Wie schrieb unsere Lisette Hörig? „Wir werden nicht daran gemessen, wie gut wir mit Regierungen auskommen, sondern daran, wie entschlossen wir uns für die Interessen der Beschäftigten einsetzen.“ Diese Äußerung unseres Gewerkschaftsrates, immerhin das höchste Organ zwischen den alle vier Jahre tagenden Bundeskongressen der ver.di, lässt hoffen, dass unser Protest nicht nur ein laues Lüftchen im schwülen Sommer war. Um die Krise der Gewerkschaftsbewegung zu überwinden, braucht es die Mobilisierung der Betriebe. Zaudern bringt uns nicht weiter. Widerstand muss angesagt sein. Die Empörung ist da. Noch ist der Kampf um die Köpfe nicht verloren. In den Köpfen der Menschen steckt immer beides: Ansatzpunkte für Konkurrenz und das Treten nach unten, aber auch gegenseitige Solidarität. Darauf gilt es zu setzen, denn Nicht kämpfen ist keineswegs eine Alternative.

Antikriegstag 2026:

Dr. Heinz Bierbaum spricht

Die Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten Reinhard Klimmt beim Antikriegstag 2025 war vielen Friedensfreunden in den Gewerkschaften positiv aufgefallen. Auch für 2026 hat unsere ver.di Gruppe sich für einen anerkannten Vertreter der Friedensbewegung ausgesprochen und der DGB hat den Kollegen Dr. Heinz Bierbaum eingeladen.

Einladung

ANTIKRIEGSTAG

1. September 2026

17:00 Uhr in Völklingen

Denkmal für die Opfer des Faschismus
Schillerpark (Kühlweinstraße)

Mit **Timo Ahr**, stellv. Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland und **Dr. Heinz Bierbaum**, ehem. Präsident der Europäischen Linken und ehem. Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Heinz wird dieses Jahr 80 Jahre alt, ist emeritierter Hochschullehrer. Der IG Metall ist Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus und war von 2009 bis 2017 Mitglied des Landtages und von 2019 bis 2022 Präsident der Europäischen Linken und von 2022 bis 2025 Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Wie in den Vorjahren werden wir auch 2026 am Denkmal für die Opfer des Faschismus in Völklingen eine Kundgebung durchführen und dort einen Kranz niederlegen. Neben Heinz Bierbaum wird auch unser erster Mann vom DGB, Timo Ahr, zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sprechen. Im Anschluss findet im Biergarten des Weltkulturerbes Völklinger Hütte ein Liederabend mit Liedern der Arbeiterbewegung statt. ver.di ruft zur Teilnahme auf und empfiehlt der Bitte des DGB zu folgen und sich für beide Veranstaltungen anzumelden:

Anmeldung Kundgebung:
<https://short-url.cc/Antikriegstag>

Anmeldung Liederabend:
<https://short-url.cc/Liederabend>

Einladung

LIEDERABEND

Ein musikalischer Abend mit Liedern der Arbeiterbewegung

1. September 2026

ab 18:00 Uhr

Biergarten Weltkulturerbe Völklinger Hütte

Gesundheitspolitik mit Kettensäge

GKV-„Reform“ beschlossen

Nina Warken (CDU) hat es durchgedrückt. Die Koalition hat es beschlossen, auch die Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD aus dem Saarland stimmten dafür. Die Landesregierung wollte noch den Vermittlungsausschuss anrufen, erhielt dafür keine Mehrheit und stimmte dann auch zu. Blechen wird nicht die Bundesregierung und schon gar nicht Frau Warken. Bezahlen werden Patienten, Versicherte, Beschäftigte. Und bluten.

Die „schwarz-rote“ Koalitionsmehrheit hat nach der Schlussdebatte im Bundestag noch kurz vor der Sommerpause im Schnelldurchlauf das sogenannte GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (BStabG) durchgedrückt.

Eilanträge vor dem Bundesverfassungsgericht der Grünen und Linken, um die Verabschiedung des BStabG aufgrund des „chaotischen Gesetzgebungsverfahrens“ zu verschieben, scheiterten. Damit war der Weg für die Abstimmung frei geworden. Einzig der Bundesrat hätte noch eingreifen, verzögern können – mittels Anrufung des Vermittlungsausschusses. Doch eine erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Länderkammer kam nicht zustande. Ergo: Die Gesetzesnovelle kann in Kraft treten.

Was bedeutet diese sogenannte Gesundheitsreform? Warken will vorgeblich die GKV-Beiträge „stabilisieren“, Milliardenlöcher im Etat stopfen und Kassen nur noch nach Kassenlage wirtschaften lassen. Wie soll das klappen? Indem man Leistungen streicht, Kosten verlagert und die Versorgung begrenzt.

Konkret sieht das so aus: Mit dem neuen 2,5-Prozent-Zuschlag für mitversicherte Ehepartner wird die beitragsfreie Familienversicherung faktisch abgeschafft – ein Systembruch, der den Einstieg in die Privatisierung familiärer Risiken markiert und Millionen Haushalte erstmals zur Kasse bittet. Nahtlos daran schließen die Kürzungen beim Zahnersatz an: sinkende Festzuschüsse, steigende Eigenanteile, eine Kopfpauschale durch die Hintertür, die Geringverdiener und Ältere besonders hart trifft.

Hinzu kommt die Ausweitung der Zuzahlungen für Medikamente, Klinikaufenthalte und Hilfsmittel – in einer Zeit, in der viele schon jetzt Behandlungen aus Kostengründen verschieben. Damit wird klar: Gesundheitsversorgung wird vom Einkommen abhängig. Parallel führt die Teilkrankschreibung dazu, dass Beschäftigte trotz Krankheit zurück an den Schreibtisch oder die Werkbank gedrängt werden – ein Risiko für Genesung und Patientensicherheit.

Und schließlich werden die Vergütungen für Praxen und Kliniken gedeckelt, was die Versorgung ausdünn: längere Wartezeiten, weniger Personal, weniger Zeit pro Patient – zuallererst spürbar im ländlichen Raum. Das weiß auch die Opposition im Bundestag.

Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann warnte im



Plenum vor Krankenhausinsolvenzen, überlasteten Hausärzten und verratenen Psychotherapeuten. Oder wie Linke-Fraktionschefin Heidi Reichinnek sagte: „Sie gefährden mit diesem Gesetz Menschenleben.“ Kritik, die auch vor dem Parlament lautstark kundgetan wurde.

Hunderte Menschen protestierten parallel zur Bundestagsdebatte vor Ort – vor allem aus der Pflegebranche. Aufgerufen hatten ver.di und Die Linke. Wer

Personalvorgaben schleift, Pflegebudgets deckelt und Tarifsteigerungen nicht vollständig refinanziert, gefährdet gute Versorgung und treibt Kolleginnen und Kollegen weiter in die Überlastung, sagten Gewerkschafts- und Parteivertreter auf der Kundgebung. „Kranke Menschen haben ein Recht auf sichere Versorgung. Beschäftigte haben ein Recht darauf, durch ihre Arbeit nicht selbst krank zu werden.“ Positionen, die etwa die Arbeiterwohlfahrt (AWO) unterstützt.

Denn tarifvertraglich vereinbarte Vergütungssteigerungen müssten vollständig als wirtschaftliche Kosten anerkannt und erstattet werden, wurde deren Präsidentin Kathrin Sonnenholzner zitiert. „Wer Tarifbindung politisch fordert, darf ihre Finanzierung nicht zur Verhandlungsmasse machen.“

Was im Mai mit einer Kundgebung vor einem einzigen Krankenhaus im Wahlkreis von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken, CDU, begann, hatte sich vor der Entscheidung am 10. Juli zu einer bundesweiten Protestwelle entwickelt. Mehr als 8.000 Menschen folgten am 10. Juni dem ver.di-Aufruf zur Demonstration bei der Gesundheitsministerkonferenz in Hannover. Am 12. Juni, dem Tag der ersten Bundestagslesung, demonstrierten 3.000 Menschen vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Und der Protest ging weiter: Am 15. Juni hatte ver.di bundesweit Beschäftigte aus den Servicebereichen von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu Aktionen aufgerufen. An über 120 Einrichtungen machten Reinigungskräfte, Köche, Wäschereimitarbeiter*innen, Logistik- und Sicherheitsdienste sichtbar, was im Alltag unsichtbar bleibt. „Wenn im Krankenhaus nicht qualifiziert gereinigt und desinfiziert wird, kostet das im schlimmsten Fall Menschenleben“, sagte auch Sylvia Bühler, ver.di-Bundesvorstandsmitglied.

Viele befürchten nun, dass die Gesundheitspolitik zu einem Kettensägenmassaker wird. Das ist eine schlimme Niederlage für uns.

Dokumentiert:

Höchstes Gremium von ver.di schreibt der DGB Vorsitzenden

Der DGB hatte am 2. Juli eine Pressemitteilung zum „Reformpaket“ veröffentlicht, auf das sich der Koalitionsausschuss einen Tag zuvor geeinigt hatte. Darin wird die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi wie folgt zitiert: „Viele der Ergebnisse des gestrigen Koalitionsausschusses sind richtige Signale für Beschäftigung, Wachstum und Entlastung. Ich erkenne darin den ernsthaften Willen der Bundesregierung, die großen Herausforderungen wirklich anzupacken. Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich der konstruktive Dialog mit den Sozialpartnern lohnt. Der DGB wird diesen Weg auch weiterhin engagiert und lösungsorientiert begleiten.“ Lisette Hörig, Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrates, hat darauf mit einem Brief an Fahimi reagiert.

5. Juli 2026

Unsere Positionierung zum Reformpaket der Bundesregierung, Deine Pressemitteilung vom 2. Juli 2026

Liebe Yasmin,
deine Pressemitteilung vom 2. Juli hat nicht nur bei mir persönlich größtmögliche Irritationen ausgelöst – auch die Anfragen und Kommentare vieler Kolleginnen und Kollegen aus dem Gewerkschaftsrat zeigen deutlich den Unmut und das Unverständnis innerhalb von ver.di. Aus diesem Grunde wende ich mich heute persönlich an dich.

In den vergangenen Wochen und Monaten hat der Deutsche Gewerkschaftsbund gezeigt, dass er den politischen Angriffen auf den Sozialstaat und auf Arbeitnehmerrechte etwas entgegensetzen kann – und zwar durch Geschlossenheit und Solidarität. Die Kommunikation zu den Reformen der gesetzlichen Krankenversicherung und den Angriffen auf das Arbeitszeitgesetz war klar, entschlossen, und glaubwürdig.

Auch das diesjährige Parlament der Arbeit, bei dem der Bundeskanzler den nachvollziehbaren Unmut der Delegierten deutlich zu spüren bekam, war ein wichtiges Signal – nach innen wie nach außen.

Viele Mitglieder haben sich darin wiedergefunden und hatten das Gefühl: Unsere Gewerkschaftekämpfe (für uns) und stemmen sich gegen alle Angriffe auf den Sozialstaat und die gewerkschaftlichen Errungenschaften der Vergangenheit.

Umso größer ist die Enttäuschung über deine Pressemitteilung vom 2. Juli zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses: Darin sprichst du von „richtigen Signalen für Beschäftigung, Wachstum und Entlastung“, obwohl massive Verschlechterungen für Beschäftigte beschlossen werden.

Das, liebe Yasmin, sendet eindeutig falsche Signale – an die Politik, vor allem aber an unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Dienststellen im gesamten Land.

Einzelne Vorhaben der Regierungskoalitionäre mögen sinnvoll sein - sie können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Union und SPD die Arbeitnehmerrechte schleifen und eben keine Antworten



auf die grundlegenden Fragen von sozialer Gerechtigkeit und grundsätzlicher Verteilung von Reichtum und Vermögen finden (können oder wollen?)

48 Monate – vier Jahre - sachgrundlose Befristung sind kein Fortschritt – sie sind ein Frontalangriff auf junge Beschäftigte. Vier Jahre Unsicherheit bedeuten vier Jahre Abhängigkeit. Vier Jahre, in denen Menschen sich zweimal überlegen, ob sie einer Gewerkschaft beitreten, einen Betriebsrat unterstützen oder

48 Monate – vier Jahre - sachgrundlose Befristung sind kein Fortschritt – sie sind ein Frontalangriff auf junge Beschäftigte. Vier Jahre Unsicherheit bedeuten vier Jahre Abhängigkeit. Vier Jahre, in denen Menschen sich zweimal überlegen, ob sie einer Gewerkschaft beitreten, einen Betriebsrat unterstützen oder sich an einem Streik beteiligen. Wer Beschäftigte dauerhaft in Unsicherheit hält, schwächt bewusst Mitbestimmung und Tarifmacht und verbaut positive Zukunftsaussichten.

Die Verpflichtung zur Krankmeldung am ersten Tag wird nicht nur die Hausarztpraxen quantitativ überfordern. Gleichzeitig werden sich unsere Kolleginnen und Kollegen noch häufiger krank zur Arbeit schleppen – eine weitere Verbreitung von Erkrankungen und in der Folge sogar mehr statt weniger Fehltag werden die Folge sein. Dieses Vorgehen der Koalition ist bestenfalls Symbolpolitik, auf jeden Fall aber Ausdruck einer ausgeprägten Misstrauenskultur und stößt die Arbeitnehmer*innen vor den Kopf. Das gleiche gilt für die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung.

Auch der angekündigte Stellenabbau im öffentlichen Dienst ist kein Randthema, sondern Ausdruck einer (Personal-) Politik, die die Beschäftigten schon heute an ihre Belastungsgrenzen bringt. Wer den Staat leistungsfähig halten und für die großen Herausforderungen dieser Zeit gewappnet wissen will, baut keine Stellen ab, sondern investiert in die Menschen, die ihn täglich am Laufen halten.

Genau deshalb hätten diese Punkte im Mittelpunkt der Kritik stehen müssen – und nicht ein Lob für vermeintlich „richtige Signale“. Keines, der hier exemplarischen aufgezählten Vorhaben, wird zur Sicherung von Beschäftigung, Wachstum oder Entlastung beitragen.

Viele Kolleginnen und Kollegen schütteln über deine Pressemitteilung nur den Kopf. Sie fragen sich, warum der DGB in einem Moment, in dem entschlossener Widerspruch nötig wäre, einen versöhnlichen Ton anschlägt.

Wir sind als Gewerkschaften nicht dafür da, politische Kompromisse zu moderieren oder Regierungsentscheidungen wohlwollend zu kommentieren. Wir sind kein Korrektiv der Koalitionsdisziplin und erst recht kein Steigbügelhalter einer Bundesregierung.

Unsere Aufgabe ist und bleibt es, unbequem zu sein. Wir sind der Spiegel der Politik – und wenn Beschäftigte verlieren, müssen wir das unmissverständlich benennen. Unsere Loyalität gilt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Gerade jetzt erwarten unsere Mitglieder eine Gewerkschaftsbewegung, die Haltung zeigt, Konflikte nicht scheut und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte klar zurückweist. Wer den Sozialstaat beschneidet, Beschäftigte länger befristet, Personal abbaut und soziale Sicherheit infrage stellt, darf von uns keine freundlichen Bewertungen erwarten und erst recht nicht erhalten.

Als ver.di Gewerkschaftsrat erwarten wir vom DGB und dir als seiner Vorsitzenden eine deutlich kämpferische Haltung.

Unsere Mitglieder brauchen keine diplomatischen Formulierungen. Sie brauchen einen Dachverband, der ihre Sprache spricht, ihre Sorgen ernst nimmt und bereit ist, den notwendigen politischen Konflikt offensiv zu führen. Denn wir werden nicht daran gemessen, wie gut wir mit Regierungen auskommen, sondern daran, wie entschlossen wir uns für die Interessen der Beschäftigten einsetzen.

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

sich an einem Streik beteiligen. Wer Beschäftigte dauerhaft in Unsicherheit hält, schwächt bewusst Mitbestimmung und Tarifmacht und verbaut positive Zukunftsaussichten.

*Die Verpflichtung zur Krankmeldung am ersten Tag wird nicht nur die Hausarztpraxen quantitativ überfordern. Gleichzeitig werden sich unsere Kolleginnen und Kollegen noch häufiger krank zur Arbeit schleppen – eine weitere Verbreitung von Erkrankungen und in der Folge sogar mehr statt weniger Fehltag werden die Folge sein. Dieses Vorgehen der Koalition ist bestenfalls Symbolpolitik, auf jeden Fall aber Ausdruck einer ausgeprägten Misstrauenskultur und stößt die Arbeitnehmer*innen vor den Kopf. Das gleiche gilt für die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung.*

Auch der angekündigte Stellenabbau im öffentlichen Dienst ist kein Randthema, sondern Ausdruck einer (Personal-) Politik, die die Beschäftigten schon heute an ihre Belastungsgrenzen bringt. Wer den Staat leistungsfähig halten und für die großen Herausforde-

Aufruf für die Demonstration am 3. Oktober 2026:

rungen dieser Zeit gewappnet wissen will, baut keine Stellen ab, sondern investiert in die Menschen, die ihn täglich am Laufen halten.

Genau deshalb hätten diese Punkte im Mittelpunkt der Kritik stehen müssen – und nicht ein Lob für vermeintlich „richtige Signale“. Keines, der hier exemplarischen aufgezählten Vorhaben, wird zur Sicherung von Beschäftigung, Wachstum oder Entlastung beitragen.

Viele Kolleginnen und Kollegen schütteln über deine Pressemitteilung nur den Kopf. Sie fragen sich, warum der DGB in einem Moment, in dem entschlossener Widerspruch nötig wäre, einen versöhnlichen Ton anschlägt.

Wir sind als Gewerkschaften nicht dafür da, politische Kompromisse zu moderieren oder Regierungsentscheidungen wohlwollend zu kommentieren. Wir sind kein Korrektiv der Koalitionsdisziplin und erst recht kein Steigbügelhalter einer Bundesregierung.

Unsere Aufgabe ist und bleibt es, unbequem zu sein. Wir sind der Spiegel der Politik – und wenn Beschäftigte verlieren, müssen wir das unmissverständlich benennen. Unsere Loyalität gilt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Gerade jetzt erwarten unsere Mitglieder eine Gewerkschaftsbewegung, die Haltung zeigt, Konflikte nicht scheut und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte klar zurückweist. Wer den Sozialstaat beschneidet, Beschäftigte länger befristet, Personal abbaut und soziale Sicherheit infrage stellt, darf von uns keine freundlichen Bewertungen erwarten und erst recht nicht erhalten.

Als ver.di Gewerkschaftsrat erwarten wir vom DGB und dir als seiner Vorsitzenden eine deutlich kämpferische Haltung.

Unsere Mitglieder brauchen keine diplomatischen Formulierungen. Sie brauchen einen Dachverband, der ihre Sprache spricht, ihre Sorgen ernst nimmt und bereit ist, den notwendigen politischen Konflikt offensiv zu führen. Denn wir werden nicht daran gemessen, wie gut wir mit Regierungen auskommen, sondern daran, wie entschlossen wir uns für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. Lass uns gemeinsam wieder auf einen kämpferischen Pfad zurückfinden – diese Auseinandersetzung können wir nur gemeinsam und in Geschlossenheit erfolgreich im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen bestreiten.

Für ein persönliches Gespräch stehe ich dir jederzeit zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen

Lisette Hörig

Lisette Hörig

Vorsitzende des ver.di Gewerkschaftsrates

Nein zu Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg! Für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit!

Auch dieses Jahr wird am 3. Oktober zeitgleich in Berlin und Stuttgart für Frieden demonstriert. Ein Vorbereitungskreis mit Vertreterinnen und Vertretern aus unterschiedlichen Friedensgruppen hat einen Aufruf erarbeitet, den wir hier vorstellen. Der ver.di OV Saar-Blies hat am 9. Juni 2026 beschlossen, diesen Aufruf zu unterzeichnen.

Die Gefahr eines direkten Krieges mit Russland, sogar eines Atomkrieges, wird immer größer. Deutschland wird kriegstüchtig gemacht. Die Regierung will, dass Deutschland erneut zur Führungsmacht wird. Deshalb soll die Wehrpflicht wieder eingeführt werden. Gesundheitswesen und Infrastruktur werden auf Krieg getrimmt, Meinungsfreiheit und demokratische Rechte eingeschränkt. Die Bundeswehr wird zur größten Armee Europas hochgerüstet. Weitreichende Erstschlagwaffen werden entwickelt. Sie sind gegen Russland gerichtet und machen Deutschland im Kriegsfall zum bevorzugten Angriffsziel.

Die Ausgaben für Hochrüstung und Militär wurden in Deutschland in den letzten fünf Jahren verdoppelt und sollen bis 2030 nochmals verdoppelt werden, um das NATO-5%-Ziel bis 2035 zu erreichen. Wir müssen das bezahlen, mit höheren Steuern, Sozialabbau und schlechteren öffentlichen Leistungen. Schon jetzt fehlen Milliarden bei Krankenhäusern, Pflege, Schulen, Hochschulen und Kitas, Jugend und Kultur, Umweltschutz und Verkehr. Wir sollen länger arbeiten und die Renten noch niedriger werden. Sanktionen führen zu Preissteigerungen und Arbeitsplatzverlusten.

Begründet wird diese Hochrüstung mit einer Bedrohung durch Russland. Doch selbst die US-Geheimdienste gehen davon aus, dass Russland weder die Absicht noch die Fähigkeiten hat, NATO-Staaten anzugreifen. Schon heute sind die europäischen NATO-Staaten Russland militärisch weit überlegen – auch ohne die USA.

Während die Bundesregierung Völkerrechtsverstöße Russlands anprangert, unterstützt sie die USA und Israel bei ihren völkerrechtswidrigen Kriegen gegen den Iran, Libanon und andere Länder: durch politische Schützenhilfe, Waffenlieferungen und die Ge-

nehmigung, US-Militärbasen in Deutschland zu nutzen. Sie tut nichts gegen die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik Israels in Palästina und den von UN-Experten und Menschenrechtsorganisationen so benannten Völkermord im Gaza-Streifen. Durch ihr Schweigen und Nichtstun akzeptiert sie die Fortführung der seit über 65 Jahren andauernden Blockade gegen Kuba sowie die Androhung einer militärischen Intervention. Diese Doppelstandards untergraben das Völkerrecht.

Statt sich um Friedenslösungen zu bemühen, eskalieren und verlängern Deutschland, die EU und die NATO mit ihrer Militärhilfe, auch für Angriffe tief in Russland, den Krieg in der Ukraine und das Leiden der Menschen. Deutschland wird zunehmend zur Kriegspartei. Es wird riskiert, dass sich der Krieg auf ganz Europa ausweitet.

Unterstützt und geschützt werden müssen diejenigen, die sich dem Krieg verweigern und vor ihm fliehen. Bekämpft werden müssen die Ursachen von Krieg und Flucht. Kriege und Hochrüstung zerstören Lebensgrundlagen und sind mit wirksamem Umwelt- und Klimaschutz unvereinbar.

Wir sagen NEIN zu allen Kriegen. Wir lehnen die Militarisierung unserer Gesellschaft und die Einschränkung demokratischer Rechte ab. Wir stellen uns gegen die Unterordnung von Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft unter die Kriegstüchtigkeit.

Wir fordern:

- Schluss mit Hochrüstung, Kriegswirtschaft und Sozialabbau!
- Keine Erstschlagwaffen!
- Nein zur Wehrpflicht und anderen Zwangsdiensten!
- Stopp aller Wirtschaftssanktionen und Waffenlieferungen!
- Schließung aller US-Militärstützpunkte in Deutschland und Abzug der US-Atomwaffen!
- Zurück zum Völkerrecht – für alle!

Wir brauchen Abrüstung, neue Abkommen zur internationalen Rüstungskontrolle, den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und eine gemeinsame Friedensordnung in Europa unter Einschluss Russlands. Wir wollen Frieden und diplomatische Lösungen entsprechend dem Völkerrecht!

Dafür gehen wir am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart auf die Straße.

Kommentar:



Gedanken zum Sozialstaat

Der Sozialstaat – ein System, das uns allen Sicherheit und Gerechtigkeit zu bieten verspricht. So die Theorie. Aber, was hat es genau damit auf sich. Unser Vorstandsmitglied Michael Quetting kommentiert.

Im Kern geht es darum, uns vor den Härten des Lebens zu schützen und die Unterschiede zwischen Arm und Reich etwas zu verringern. In Deutschland ist dieses Prinzip im Grundgesetz verankert, auch wenn die Details dort etwas vage bleiben und nicht einklagbar sind. Mir erschien dieser Staat noch nie sozial.

Das Bundesverfassungsgericht betont jedoch, dass der Staat jedem Bürger das Existenzminimum für Nahrung, Kleidung, Wohnung und soziale Teilhabe gewährleisten muss. Trotzdem greift der Sozialstaat die ungleiche Verteilung von Vermögen und Produktionsmitteln nicht direkt an. Er hilft zwar gegen Armut, kann aber nicht verhindern, dass die Kluft zwischen Arm und Reich langfristig größer wird. Manchmal wirkt er sogar so, als würde er uns mit kleinen Zugeständnissen ruhigstellen.

Die Idee des Sozialstaates suggeriert, dass der Staat neutral und als fairer Vermittler zwischen Arm und Reich agiert. In der Realität sieht es aber anders aus.

*Sozialleistungen sind keine freiwilligen Geschenke des Staates oder der Unternehmer, weil sie auf unse-
tollen Argumente gehört haben. Sie sind vielmehr das Ergebnis jahrzehntelanger, oft auch schwieriger Kämpfe, Streiks und des Engagements der Arbeiterbewegung. Ohne diesen organisierten Einsatz von unten hätte der Kapitalismus diese Zugeständnisse niemals gemacht. Diese Erfolge sind jedoch immer nur Etappensiege und müssen immer wieder erkämpft werden. Wenn wir als Gewerkschaft schwächer werden, dann können die Regierenden diese sozialen Errungenschaften auch wieder zurücknehmen.*

Soziale Standards sind kein Ausdruck staatlicher Güte oder wirtschaftlicher Vernunft, sondern ein historischer Kompromiss im ständigen Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit. Der Achtstundentag zum Beispiel wurde 1918 nach der Revolution erkämpft, als die Macht des Kapitals besonders schwach war und man Angst vor einer sozialistischen Revolution



hatte. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist ebenfalls das Ergebnis harter Arbeitskämpfe. So erstritten 1956 über 34.000 Metallarbeiter in Schleswig-Holstein nach 114 Tagen Streik diesen wichtigen Grundsatz.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Welt durch die Globalisierung stark verändert. Das Kapital hat an Einfluss gewonnen, während die Dominanz des Westens etwas abgenommen hat. Die koloniale und postkoloniale Ausbeutung wird immer stärker hinterfragt, was es dem Kapital schwieriger macht, die Bedürfnisse von abhängig Beschäftigten zu erfüllen, ohne die Profite zu schmälern. Der Zusammenbruch der DDR hat sie von der Notwendigkeit befreit, die Überlegenheit der Bundesrepublik zu demonstrieren. Und die organisierte Arbeiterbewegung ist schwächer geworden. All diese Entwicklungen haben zu einem Rückgang sozialer Rechte geführt.

ver.di setzt sich aktiv gegen geplante Einsparungen, „Reformen“ und den Abbau von sozialen wie demokratischen Rechten ein. Als Gewerkschaft sehen wir den Sozialstaat nicht als etwas Feststehendes, sondern als das Ergebnis historischer Kämpfe, das immer wieder verteidigt werden muss.



Trauer:

Kollege Achim Jung gestorben

ver.di nimmt in Trauer Abschied von Achim Jung, geboren am 14.02.1961, der am 23. Juni 2026 im Alter von nur 65 Jahren verstorben ist. Die Beisetzung findet am 20. / um 14 Uhr auf dem Friedhof Neue Welt in Saarlouis statt.

Wir drucken hier den Nachruf ab, der im Namen von ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland von der Landesbezirksleitung sowie vom Betriebsratsvorsitzenden unterzeichnet wurde:

Achims Leben war geprägt von seinem Einsatz für die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Idee gewerkschaftlicher Solidarität.

Seit seinem Eintritt in die damalige Gewerkschaft ÖTV im Jahr 1982 war sein Engagement untrennbar mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Wo immer Unterstützung gebraucht wurde, wo Kolleginnen und Kollegen eine starke Stimme benötigten oder wo für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gestritten werden musste, war er zur Stelle – immer verlässlich, überzeugend und mit großer menschlicher Wärme.

Von 2002 bis 2010 führte er als Betriebsratsvorsitzender der Stadtwerke Saarlouis die Interessenvertretung seines Betriebes mit Weitsicht, Beharrlichkeit und einem tiefen Verständnis für die Anliegen der Beschäftigten. Zugleich brachte er sich über viele Jahre ehrenamtlich auf allen Ebenen von ver.di ein – vom Bezirk bis zur Bundesebene. Als Mitglied der Tarifkommission TVV kämpfte er immer mit Sachverstand und großer Leidenschaft für faire Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen.

Im Jahr 2010 wurde sein ehrenamtliches Engagement zum Beruf. Als Gewerkschaftssekretär stellte er sein Wissen, seine Erfahrung und seine Überzeugungen in den Dienst von ver.di. Besonders prägend war seine Tätigkeit als Landesfachbereichsleiter im vereinten Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland für den Fachbereich Ver- und Entsorgung sowie die sich anschließende Funktion als stellvertretender Fachbereichsleiter im neu geschaffenen Fachbereich A. Dort war er für viele Kolleginnen und Kollegen Ratgeber, Mitstreiter und verlässlicher Ansprechpartner.

Wer mit Achim zusammenarbeitete, erlebte einen Menschen, der Klarheit mit Herzlichkeit verband, der zuhören konnte und dessen Handeln stets von Respekt, Solidarität und dem festen Glauben an die Stärke gemeinschaftlichen Handelns geprägt war.

Mit seinem Tod verlieren wir einen leidenschaftlichen Gewerkschafter, einen geschätzten Kollegen und einen guten Freund. Sein Wirken wird weit über seine aktive Zeit hinaus nachhallen und Spuren hinterlassen, die bleiben.

Wir sind dankbar für die gemeinsame Zeit, für seine Unterstützung, seinen Rat und sein unermüdliches Engagement. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie, seinen Angehörigen und allen, die ihm nahestanden.

Wir werden ihn in dankbarer Erinnerung behalten.

24. und 25. Juli

Zu dritt zur Konferenz für den Frieden



Wir hatten in unserem Rundbrief schon über die 4. Gewerkschaftskonferenz für den Frieden berichtet. Unser Bezirksvorstand hat auf Antrag beschlossen, die Teilnahme von Kolleg*innen materiell aus dem Aktions- und Kampagnenfond zu unterstützen.

Nach den bisherigen Konferenzen in Hanau, Stuttgart und Salzgitter wird die vierte Konferenz am 24./25. Juli in Würzburg stattfinden. Gastgeberin ist die dort ansässige Geschäftsstelle der IG Metall. Wieder bietet das Programm spannende Gäste - national wie international. So wird mit Sinan Öztürk der stellvertretende Landesbezirksleiter von ver.di Bayern dabei sein. Ebenso wie Yves Weinberger, der Betriebsratsvorsitzende des Würzburger Brose-Werkes, das im vergangenen Jahr so erfolgreich gegen die Schließung gekämpft hat. Ronja Fröhlich aus dem Anti-Wehrpflichtbündnis in München wird teilnehmen, ebenso wie Jules El-Khatib von „All eyes on Gaza“. Zu den internationalen Gästen gehören der ehemalige Generalsekretär der britischen Lokführergewerkschaft RMT, Alex Gordon, Jérôme Legavre, der für La France Insoumise im französischen Parlament sitzt sowie der ehemalige Labour-Chef Jeremy Corbyn. Starke nationale wie internationale Stimmen für den Frieden.

Wir fahren mit zwei Kolleginnen und einen Kollegen nach Würzburg.

Impressum:**Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand**

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: christian.umlauf@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf